

Journal für Entwicklungspolitik IX/2, 1993, S. 215 — 222

Walter Sauer

ARBEITSMIGRATION IM SÜDLICHEN AFRIKA

Abstract

Labour migration in Southern Africa to a large extent has been and still is dominated by the economic interests of the South African mining capital. This article gives a brief historical account of the gradual introduction of labour migration, controlled by the political authorities, in the last two decades of the 19th century in South Africa. Based on British colonial strategies, taxation, recruiting and land allocation measures were taken in order to force the native black population into wage labour. Labour migration in Southern Africa therefore not in the first place results from economic and social "pull" and "push" factors, as in other regions, but comes close to forced labour.

Vorbemerkung

Die Thematik soll im Folgenden vorwiegend aus historischer Sicht behandelt werden. In erster Linie wird dabei auf die Funktion von Wanderarbeit für die Entwicklung des Bergbausektors in Südafrika und dessen Rolle für die Entwicklung der südafrikanischen Gesellschaft insgesamt eingegangen, auf eine inzwischen klassische Fallstudie also, die zugleich in der und für die Entwicklung der neueren südafrikanischen Historiographie¹ eine wichtige Rolle spielt. Wir nehmen dabei eine nicht unbedeutende Einschränkung des Themas sowohl in regionaler als auch in sektoraler Hinsicht vor.

Regional gesehen, blenden wir die mit Südafrika konkurrierenden regionalen Nachfragezentren für Wanderarbeit aus, so vor allem das seinerzeitige Südrhodesien. Wir sprechen über die Bedeutung der Wanderarbeit für Südafrika und seinen wirtschaftlichen Leitsektor seit den Tagen der Industrialisierung bis heute, nämlich den Bergbau. Die Nachbarländer Südafrikas² kommen dabei im wesentlichen nur als die Quellgebiete der Arbeitsmigration nach Südafrika in Betracht.

Sektoral gesehen, konzentrieren wir uns auf den südafrikanischen Bergbausektor und blenden den Plantagen- und Dienstleistungssektor weitgehend aus. Zum einen hängt dies mit der gewählten Konzentration auf die genannte Fallstudie zusammen, zum anderen jedoch auch damit, daß bis heute (und trotz aller angeblichen Reformen der Apartheid) die Arbeiter im Bereich der Landwirtschaft sowie die Hausangestellten

1 Vgl. dazu die zusammenfassenden Beiträge von Belinda Bozzoli/Peter Delius sowie von Jon Lewis in *Radical History Review* 46/7 (1990) S. 13 — 45 bzw. S. 213 — 235.

2 Aus der reichhaltigen Literatur dazu vgl.: Giovanni Arrighi, *Labor Supplies in Historical Perspective: A Study of the Proletarianization of the African Peasantry in Rhodesia*, in: Arrighi/Saul, *Essays on the Political Economy of Rhodesia* (New York — London 1973) S. 180 — 234; C. van Onselen, *Chibaro: African Mine Labour in Southern Rhodesia 1900 — 1933* (London 1976); Ruth First u.a., *Black Gold — the Mocambican Miner, Proletarian and Peasant* (Sussex 1983).

nicht als Dienstnehmer im Sinne des südafrikanischen Arbeitsrechts gelten, genauere Daten daher auch nicht verfügbar sind.

Arbeitsmigration im Südlichen Afrika

Blieben wir also beim Bergbau, so läßt sich auch empirisch die eminente Bedeutung von Arbeitsmigration leicht zeigen. Den Berichten des staatlichen Departments of Mineral and Energy Affairs sowie der South African Chamber of Mines³ zufolge waren im Jahr 1989 740.804 Beschäftigte im Bergbau registriert, von denen etwa drei Viertel als „migrant workers“ klassifiziert waren. Nimmt man den Goldbergbau als den Kernsektor der südafrikanischen Wirtschaft heraus, so waren hier sogar mehr als 81% der Beschäftigten Arbeitsmigranten. Eine Aufgliederung dieser Angaben nach den notorischen Kriterien der südafrikanischen Rassenklassifikation war dabei nicht erhältlich. Doch entspricht dieser Anteil ziemlich genau jenem der in anderen Quellen enthaltenen Prozentsätzen schwarzer und unqualifizierter Arbeitskräfte.

Der unbefangene Leser entnimmt den Angaben über die geographische Herkunft der im Goldbergbau Beschäftigten, 58% der Arbeitsmigranten seien als „Südafrikaner“, 42% als „Ausländer“ zu betrachten, letztere wieder vorwiegend als Staatsbürger von Lesotho (100.000) und von Mocambique (43.000). Die amtliche Statistik spricht jedoch von 74% ausländischen und nur 26% inländischen Arbeitsmigranten. Diese Differenz erklärt sich daraus, daß das offizielle Südafrika bis heute fiktive und völkerrechtlich nicht anerkannte Staatsgrenzen aufrechterhält, d.h., Teile seines eigenen Staatsgebietes als „unabhängige Staaten“ und deren Bevölkerung als „Ausländer“ betrachtet; es handelt sich dabei um vier der sogenannten Homelands, nämlich die Transkei, Bophutatswana, Venda und Ciskei. Wir stoßen damit auf die eminent wichtige regulative Funktion der südafrikanischen Homelandpolitik für das System der Wanderarbeit, auf die noch ausführlich einzugehen sein wird.

Michael Burawoy⁴ hat, nicht zuletzt in diesem Zusammenhang, in seinem bemerkenswerten Vergleich von Arbeitsmigration in Südafrika und Kalifornien darauf hingewiesen, daß Wanderarbeit im Bergbausektor des Südlichen Afrika einen bestimmten Typus von Arbeitsmigration repräsentiert, der sich von anderen Typen teilweise stark unterscheidet. Das „klassische“ Modell, so Burawoy, versucht Arbeitsmigration aus einer Analyse von „Pull“- und „Push“- Faktoren zu erklären; es geht davon aus, daß Arbeitskräfte in Wahrnehmung ihrer eigenen ökonomischen Interessen auf regional oder saisonal ungleich verteilte Nachfragestrukturen des Arbeitsmarktes durch individuelle Mobilität reagieren und dabei eine vom Ort der Verwertung ihrer Arbeitskraft geographisch getrennte Subsistenzbasis aufrechterhalten.⁵ Für die in unserem Zusammenhang relevante Frage nach der Bedeutung des Bergbaus für

3 Race Relations Survey 1989/90 (Johannesburg 1990) S. 628f.

4 Michael Burawoy, The Functions and Reproduction of Migrant Labor: Comparative Material from Southern Africa and the United States, in: American Journal of Sociology 81/5 (1976) S. 1050 — 1087.

5 Dieser Typus von Arbeitsmigration ist natürlich auch im Südlichen Afrika vorhanden, und zwar hauptsächlich in Form der sogenannten illegalen Wanderarbeit aus den Frontstaaten nach Südafrika, wobei hier vorwiegend der Plantagenssektor in Betracht kommt. Offiziellen Angaben zufolge betrifft diese „illegale“ Migration etwa 1,5 Millionen Menschen, vorwiegend aus Mocambique.

die Konstituierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Südafrika — und die Rolle der Wanderarbeit hierfür — ist jedoch ein anderer Typus von Arbeitsmigration von Interesse. Dabei entsteht das Phänomen der Arbeitsmigration nicht aus der Summe individueller Wanderungsentscheidungen von Arbeitskräften, die dadurch auf Verzerrungen des Arbeitsmarktes reagieren, sondern es wird staatlich organisiert. Es geht also dabei nicht um ein theoretisch freies Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, sondern um die strategische Ausübung ökonomischer und vor allem außerökonomischer Zwänge, mit deren Hilfe gesorgt wird für

- a) das Vorhandensein eines stets ausreichenden unqualifizierten und billigen Arbeitskräftepotentials (*Rekrutierungsfunktion*)
- b) die Lenkung von Arbeitskräfteströmen in bestimmte (wenig attraktive) Sektoren des Arbeitsmarkts (*Allokationsfunktion*)
- c) die weitgehende Verhinderung jeglicher Integration am Arbeitsort, wofür der Aufrechterhaltung der geographischen Separation zwischen Arbeits- und Herkunftsort eine wichtige Regulierungsfunktion im Rahmen der staatlichen Arbeitspolitik zukommt (*Disziplinierungsfunktion*).

Dieses System ist im südafrikanischen Kontext rassistisch abgegrenzt und enthält, da es — wie zu zeigen sein wird — ein marktrationales Verhalten der Betroffenen verhindert, Elemente von Zwangsarbeit, wie sie in der völkerrechtlichen Diskussion mit Recht als eines der wesentlichen Elemente von Apartheid herausgearbeitet wurden. Historisch-genetisch steht dieser Typus von Arbeitsmigration mit der (britischen) Kolonialpolitik im Südlichen Afrika in Zusammenhang, er ist jedoch bis heute ein konstitutives Element der südafrikanischen Gesellschaftsordnung geblieben.

Zur Entstehung der Wanderarbeit im Südlichen Afrika

Wanderarbeit im Südlichen Afrika als solche reicht in geringem Umfang bis in die Zeit vor der Entdeckung der großen Rohstoffvorkommen (Gold, Diamanten) zurück. Sie entstand als Versuch der auf Subsistenzbasis bewirtschafteten Dörfer im Süden Mozambiques, sich durch temporäre Entsendung junger Männer in die Zuckerplantagen Natal's zusätzliche Einkommen zu erschließen. Es war dies das Resultat einer Reihe von „Push“-Faktoren, die die genannte, von Tongas bewohnte Region wirtschaftlich und sozial destabilisierten, so mehrerer militärischer Einfälle der Zulu (mit der anschließenden Verpflichtung, Tribute in Form von Vieh zu leisten), einer langanhaltenden Trockenheit, der Pockenepidemie von 1860 usw. Mehrere hundert bis zu tausend junge Männer waren es also, die seit den 1860er Jahren regelmäßig Arbeit in den Zuckerplantagen der britischen Kolonie leisteten; gelegentlich wurde diese Migrationsform auch als Initiationsritus der heiratsfähigen Jünglinge betrachtet⁶. Das spätere System der Wanderarbeit konnte auf dieser Tradition zwar aufbauen, doch ergaben sich durch die rasche wirtschaftliche und soziale Transformation des Subkontinents dabei gravierende quantitative und qualitative Veränderungen.

1867 wurden in den Flüssen des Oranje- und Vaal-Gebiets die ersten Diamanten entdeckt, ab 1870 begann man in Kimberley mit ihrem industriellen Abbau. 1886

6 Vgl. dazu ausführlich Selim Gool, *Mining Capitalism and Black Labour in the Early Industrial Period in South Africa. A critique of the new historiography* (Lund 1983).

folgte die Entdeckung der großen Goldminen des Transvaal. Zunächst von einzelnen — schwarzen und weißen — Prospektoren als Gewerbe betrieben, kam es rasch zur Konzentration der Schürfrechte und zur Herausbildung von leistungsfähigen Bergbaubetrieben, deren führende Aktionäre in London saßen und auf die baldige Rentabilität ihrer Investitionen hofften. Britische und internationale Konzerne hatten sehr rasch hohe Summen in die rohstoffgewinnenden und -verarbeitenden Industrien investiert, denen der einen Weltkrieg vorbereitende Imperialismus Europas einen hohen strategischen Stellenwert zumaß. In den entstehenden Industriezentren Südafrikas setzte ein Prozeß rascher Urbanisierung ein⁷.

Als eine der Grenzen des wirtschaftlichen Booms erwies sich jedoch sehr rasch der Faktor Arbeitskraft. Die forcierte Ausbeutung der Rohstoffvorräte machte zum einen eine Vervielfachung des Arbeitskräftepotentials erforderlich; zur Jahrhundertwende arbeiteten in den Minen bereits etwa 100.000 Bergleute, vor dem Ersten Weltkrieg bereits 200.000. Zum anderen mußte die Arbeitskraft aus Rentabilitätsgründen jedoch billig sein, da die Förderkosten für südafrikanisches Gold aus geologischen Gründen sehr hoch lagen und der Preis für Gold als der Rohstoffdeckung des Pfund Sterling auch bestimmte internationale Obergrenzen zu respektieren hatte.

Billige Arbeitskraft für den Bergbau war jedoch nicht in genügendem Ausmaß vorhanden. Verständlicherweise suchten die schwarzen Einwohner des Landes die Annahme von Lohnarbeit im Bergbau so gut als möglich zu vermeiden. Schwarze Prospektoren und Gewerbebetriebe (meist im Eigentum der durch die Mission geförderten, schmalen, einheimischen Gebildeten-schicht stehend) tauchten auf, die für die einströmenden Immigranten aus Europa sogar eine bestimmte Konkurrenzierung bedeuteten. Schwarze Bauern begannen höchst erfolgreich mit einer Art landwirtschaftlicher Marktproduktion⁸ zur Versorgung der steigenden Konsumbedürfnisse der Weißen. Selbst auf den Dienstleistungssektor erstreckten sich die ökonomischen Aktivitäten der schwarzen Bevölkerung, wie etwa das Beispiel jenes Zulu-Clans zeigt, der über Jahre hinweg die Wäsche der weißen Goldgräber in Johannesburg besorgte⁹. Das traditionelle, von desintegrierten ländlichen Gemeinschaften in Mocambique gestellte Arbeitskräftereservoir war für die Bedürfnisse der Minen jedoch keineswegs ausreichend, und das knappe Angebot führte zudem noch zu merklichen Lohnsteigerungen für schwarze Wanderarbeiter, die sich im Bergbau verdingten.

Dabei handelte es sich, wie bereits angedeutet, keineswegs nur um ein lokales Problem, sondern angesichts der hohen ökonomischen und strategischen Bedeutung der Region Südliches Afrika um eine erstrangige Bedrohung der Interessen des britischen Imperialismus. An Lösung wurde daher nicht zuletzt im Kontext des britischen Empire im Gesamten gearbeitet. 1904 — 1907 experimentierte man sogar mit dem Import von angeblich fügsameren Arbeitskräften aus China,¹⁰ ohne jedoch

7 Vgl. zusammenfassend bei Luli Callinicos, *Gold in Südafrika. Schwarze Arbeit — weißer Reichtum* (deutsche Ausgabe Bonn 1982).

8 Colin Bundy, *The Rise & Fall of the South African Peasantry* (Cape Town — Johannesburg — London, 2. Aufl. 1988).

9 Charles van Onselen, *Ama Washa: the Zulu washermen's guild of the Witwatersrand, 1890 — 1914*, in: *Studies in the Social and Economic History of the Witwatersrand 1886 — 1914*. Vol. 2: New Niniveh (Johannesburg 1982) S. 74 — 110.

10 Günter Lewin, *Chinesische Arbeiter in den Goldbergwerken des Transvaal 1904 — 1910*,

angesichts zahlreich auftretender Probleme und nicht zuletzt von Protesten humanitär gesinnter Kreise in Großbritannien zu befriedigenden Resultaten zu kommen. Als erfolgversprechender erwiesen sich vielmehr die Initiativen der großen Bergbaukonzerne im Südlichen Afrika selbst.

Schon in den 1870er Jahren hatte man, zunächst in Kimberley, mit der Anwendung bestimmter Methoden der britischen Kolonialpolitik begonnen, die auf die Erweiterung des Arbeitskräfteangebots zielten. Staatliche Maßnahmen zur Restriktion des Landbesitzes der einheimischen schwarzen Bevölkerung wurden induziert und zugleich durch die Einführung von Hütten- bzw. Kopfsteuern Elemente der Geldwirtschaft verstärkt, um zumindest Teile der schwarzen Bauernschaft zur Annahme von Lohnarbeit zu bewegen. 1886 bzw. 1894 wurden für Transvaal Paßgesetze eingeführt, um die Mobilität (und damit alternative Einkommensmöglichkeiten) einzuschränken. Um die politischen Einflußnahmen zu koordinieren und vor allem um die Konkurrenz zwischen den Minengesellschaften um Arbeitskräfte zu minimieren, die man als eines der Elemente für den Anstieg der Löhne identifiziert hatte, wurde 1889 die Chamber of Mines als die Interessenvertretung des Bergbaukapitals gegründet; 1896 folgte die Rand Native Labour Association (später Witwatersrand Native Labour Organisation, WENELA), die gemeinsame Agentur für die Rekrutierung von Arbeitskräften. Als führender Kopf bei vielen dieser Aktivitäten erwies sich der Gründer und Mitaktionär der British-South Africa Chartered Company, Cecil Rhodes, der zugleich als Premierminister der Kapkolonie in der Lage war, die Forderungen des Minenkapitals auch politisch in die Tat umzusetzen.¹¹ 1894 setzte er mit dem sog. Glen Grey Act den Beginn der Reservats- (der Vorform der späteren Homeland-)Politik in Südafrika durch. Grundgedanke dieser Strategie war es, durch die Beschränkung des Landbesitzes schwarzer Bauern außerhalb bestimmter Reservate graduell Bedingungen der Überbevölkerung und dadurch einer Verschlechterung des Lebensstandards in diesen Reservaten zu erzeugen, um die betroffene Bevölkerung auf diese Weise zur Annahme von Lohnarbeit (und zwar in Form von Arbeitsmigration) zu zwingen.

All diese Maßnahmen begannen mit der Zeit zu greifen; 1895 konnten die Löhne für schwarze Kumpel erstmals um 5% gesenkt werden, 1897 folgte eine weitere Lohnsenkung um 20%. Dennoch waren diese Erfolge begrenzt, weil sich als unmittelbare Reaktion darauf auch die Anzahl der Streiks bedeutend erhöhte und die Arbeiter zunehmend von den Minen desertierten. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Problems lag nicht zuletzt darin, daß das heutige Südafrika damals politisch geteilt (in zwei britische Kolonien und zwei burische Freistaaten) war — was die lückenlose Anwendung etwa von Paßgesetzen bedeutend erschwerte —, und insbesondere der Witwatersrand, das hauptsächliche Minengebiet, unter der Kontrolle der vom Standpunkt des Minenkapitals aus höchst ineffizienten Administration des patriarchalischen Präsidenten Kruger stand, der am Aufschwung des Bergwerkswesens allerhöchstens als Mitbesitzer einer Spirituosenfirma¹² interessiert war. Letztendlich sollte diese Frage erst

in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1981/I, S. 87 — 106.

¹¹ Eine stark personalisierende, dennoch aber lesenswerte Darstellung der Entstehung und Entwicklung der großen südafrikanischen Bergbausyndikate enthält Geoffrey Wheatcroft, *The Randlords. South Africa's Robber Barons and the Mines that Forged a Nation* (New York 1985).

¹² Vgl. Charles van Onselen, *Randlords and Rotgut 1886 — 1903*, in: *History Workshop*, No 2

um die Jahrhundertwende, im sog. Burenkrieg, der im Kern als Durchsetzung von politischen Rahmenbedingungen im Interesse des britischen Bergbaukapitals gegen den Sektor der burischen Landwirtschaft zu verstehen ist, geregelt werden.

Zuvor konnten die Minen jedoch noch einen beträchtlichen und vor allem für unsere Thematik der Arbeitsmigration wichtigen Erfolg erringen. 1897 wurde zwischen der Regierung Kruger und der portugiesischen Kolonialverwaltung von Mocambique der erste Rekrutierungsvertrag für Wanderarbeiter unterzeichnet. WENELA erhielt dadurch ein Rekrutierungsmonopol bis zum 22. südlichen Breitengrad eingeräumt, wobei als maximaler zeitlicher Rahmen für Arbeitskontrakte sich zweibis dreijährige Arbeitsverpflichtungen herausbildeten, die für die Landwirtschaft im Süden Mocambiques erhebliche Negativfolgen nach sich ziehen sollten; Wanderarbeit begann zunehmend nicht mehr den agrarischen Produktionszyklus zu ergänzen, sondern an seine Stelle zu treten. Weiters wurde eine Repatriierungspflicht für Wanderarbeiter vereinbart (für den Erfolg der Glen Grey-Strategie war es wichtig, die Arbeiter nicht am Arbeitsort ansässig werden, sondern sie immer wieder in die graduell schlechter werdenden Bedingungen ihrer Heimatorte zurückkehren zu lassen), und Transvaal erhielt Handelsrechte für den Hafen von Lourenco Marques eingeräumt. Im Gegenzug durften portugiesische Inspektoren und Steuereintreiber in den Arbeitersiedlungen am Witwatersrand tätig werden (in denen sich zunehmend die geschlossene Wohnform der Hostels¹³ durchzusetzen begann), und Teile der Entlohnung der Wanderarbeiter wurden fortan (bis 1977) nicht mehr direkt an die Arbeiter ausbezahlt, sondern in Gold an die Kolonialregierung in Lissabon überwiesen.

Mit Hilfe des portugiesischen Kolonialismus wurde das südliche Mocambique somit in ein Arbeitskräftereservoir der südafrikanischen Minen verwandelt, und analoge Verträge mit anderen Nachbarterritorien folgten.¹⁴

Von der Arbeitsmigration zur Apartheid

Der politischen Neuordnung der Region — 1910 schlossen sich die zwei britischen und die zwei burischen Republiken zur „Union von Südafrika“ zusammen — folgte auch eine wirtschaftspolitische, die sich insbesondere in der Verstärkung der Paßgesetze, der Bestimmung zur Job Reservation (1911 wurden per Gesetz 32 verschiedene Arbeitstätigkeiten Weißen vorbehalten) und nicht zuletzt 1913 im Native Land Act (der das Glen Grey-System zur landesweiten Politik erhob) manifestierte. Die Diskussion war damit allerdings noch nicht beendet, da die politischen Wirren der 1920er Jahre und vor allem die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das rohstoffabhängige Südafrika immer neue Regelungen erforderlich machten, die durch weitgehende Befriedigung der weißen Eigeninteressen politische Stabilität — dies

(1976) S. 33 — 89; Krugers Partner dabei war übrigens ein Einwanderer aus Ungarn.

¹³ Dazu die Beiträge von Rob Turrell und Sean Moroney bei Shula Marks/Richard Rathbone (ed.), *Industrialisation and Social Change in South Africa. African class formation, culture and consciousness 1870 — 1930* (New York 1982) S. 45 — 76 und S. 259 — 269.

¹⁴ Vgl. die entsprechenden Beiträge bei Economic Commission for Africa (Hg.), *Migratory Labour in Southern Africa* (Addis Abbaba 1985).

freilich auf Kosten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit — erzielen sollten. Im wesentlichen bestimmten vier sehr divergierende weiße Lobbies diese Debatte:¹⁵

- das (in- und ausländische) Bergbaukapital, das für die Schaffung von selbstverwalteten, wirtschaftlich nicht lebensfähigen Reservaten eintrat, um die Arbeitsmigration von Schwarzen ins weiße Industriegebiet zu intensivieren und zugleich Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft zwischen den Kontraktsperioden und für nicht (mehr) Arbeitsfähige zu senken;
- das (burische) Agrarkapital, das sich gegen Reservate aussprach, weil es ein Abdriften schwarzer Landarbeiter in diese Gebiete (und anschließend in Bergwerke und Fabriken) fürchtete. Statt dessen forderten die Plantagenbesitzer eine Verschärfung der Zwangsarbeit für nicht-weiße Landarbeiter und Pächter;
- die rasch entstehende verarbeitende Industrie, die sich gegen eine Segmentierung des Arbeitsmarktes nach rassistischen Kriterien wandte und aus Gründen einer generellen Senkung des Lohnniveaus an einem Überangebot (weißer, farbiger und schwarzer) Arbeitskräfte in der Nähe der Betriebe, also in oder am Rande der Städte, interessiert war;
- und letztlich die sogenannten armen Weißen (unqualifizierte Arbeitskräfte, die durch Konzentrationsprozesse der Landwirtschaft zur Anwanderung in die Städte veranlaßt worden waren), die mehr staatlichen Schutz vor der Konkurrenzierung durch schwarze Arbeiter forderten.

Erst in den 1930er Jahren wurde diese Debatte durch eine in parlamentarischem Rahmen erzielte Einigung zwischen allen weißen Parteien und Interessengruppen beendet; äußerer Rahmen war unter anderem die Verabschiedung des Native Trust and Land Act, der den Act von 1913 novellierte und insgesamt 13% der Staatsfläche Südafrikas für die Schaffung von Reservaten für schwarze Arbeitskräfte nach dem Vorbild von Glen Grey normierte (diese Reservate wurden später Homelands oder Bantustans genannt und gelten heute als „national states“; vier davon wurden, wie erwähnt, einseitig in die Unabhängigkeit entlassen und ihre Bewohner, etwa zehn Millionen Menschen, somit zwangsweise aus Südafrika ausgebürgert). Die Details dieses historischen Kompromisses brauchen uns in diesem Zusammenhang ebenso wenig zu kümmern wie jene der weiteren Entwicklung. Es sollte vielmehr die Kontinuität einer kolonialpolitisch erprobten Strategie erzwungener Arbeitsmigration zur Schaffung bzw. Erweiterung eines Marktes billiger Arbeitskräfte im Interesse des Minenkapitals deutlich gemacht werden, die sich schließlich mit zu einer der Grundfesten des Apartheidsystems in Südafrika formierte.

Umgekehrt bedeutet dies, daß die Wurzeln des institutionalisierten Rassismus, der über Jahrzehnte hinweg die staatliche Politik Südafrikas (aber auch Zimbabwes und Namibias) bestimmt hat und teilweise noch bestimmt, nicht nur in politischen (oder gar nur weltanschaulichen) Zusammenhängen zu suchen sind, sondern tief in die materielle Basis hineinreichen und mit den Prozessen der Formierung des südafrikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in der Epoche seiner beschleunigten Industrialisierung verbunden sind. Eine befriedigende Lösung der Krise

15 Marian Lacey, *Working for Boroko. The origins of a coercive Labour System in South Africa* (Johannesburg 1981); vgl. die Zusammenfassung dieser Studie bei Walter Sauer, *Entstehung und Strukturen der Arbeiterklasse Südafrikas*, in: *Beiträge zur Historischen Sozialkunde* 17 (1987) S. 88 — 96.

in Südafrika kann angesichts dessen nicht nur in Vereinbarungen über politische Veränderungen auf Regierungsebene (so unerläßlich diese auch sein mögen) gefunden werden, sondern muß auch Schritte zur Transformation der ökonomischen Wurzeln der Apartheid enthalten. Der Widerstand seitens der herrschenden „weißen“ Elite Südafrikas gegen derartige Maßnahmen, wie sie im Wirtschaftsprogramm des African National Congress zumindest als Möglichkeit enthalten sind, scheint den eigentlichen harten Kern der gegenwärtig immer noch stockenden Gespräche über die vollständige Aufhebung der Apartheid und eine politische Neuordnung Südafrikas zu bilden¹⁶.

*Walter Sauer, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien,
Dr. Karl Luegerring 1, A-1010 Wien*

¹⁶ Vgl. dazu aktuell Walter Sauer, Irrtümer über Südafrika. Welche Entwicklung nimmt der Noch-Apartheid-Staat?, in: Zukunft (November 1992) S. 30 — 33.

Journal für Entwicklungspolitik IX/2, 1993, S. 223 — 227

David Siddle and Ken Swindell, Rural Change in Tropical Africa. From Colonies to Nation-States, Basil Blackwell, Oxford 1990, 223 Seiten.

Die Öffnung Afrikas im ausgehenden 19. Jahrhundert und die Eingliederung in die Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts bedeuteten für den Kontinent tiefgreifende Umwälzungen in allen Lebensbereichen, in den Produktions- und Reproduktionsweisen, den sozialen Verflechtungen und der politischen Organisation. Vorliegender Band beschäftigt sich mit eben jenen Umwälzungen während der letzten 100 Jahre, spannt den Bogen von der Transformation der Produktionsfaktoren und deren Verhältnis zueinander zur aufblühenden Macht des Staates und schließt in der kritischen Analyse des Beitrages von Entwicklungstheorie und -politik.

Dieser ehrgeizige Bogen ist es denn auch, der den Autoren zuweilen zu schaffen macht. Dieser Band erfüllt, was man sich auf Grund des Umfangs erwarten darf, nicht jedoch das, was im Titel versprochen wird. So wird die ökonomische Literatur eher am Rande betrachtet, obschon für Migration sowie Boden- und Arbeitsverfassung manch tiefgehende Studie besteht. So auch bleiben die liberalen Entwicklungsansätze der 1980er Jahre in der Diskussion der Entwicklungsliteratur ausgespart. So auch werden des öfteren mit wenigen Fallbeispielen allzu grobe Verallgemeinerungen gezogen.

All dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der vorliegende Band eine erfrischende Bereicherung der Palette darstellt, eine Bereicherung, die gerade jene sich zu Herzen nehmen sollten, die ihren Fachbereich zu wenig berücksichtigt finden. Der Blick hinter die Kulissen, die Darstellung des Mit- und Gegeneinander der Produktionsfaktoren Boden und Arbeit, die Auffächerung und Transparenz, die der Produktionsvorgang hier erfährt, ist vortrefflich gelungen. Die Verflechtung dieses Prozesses durch die Arbeitsteilung nach Geschlecht schließlich deutet auf jenen Sachverhalt hin, den man selbstverständlich zu nennen vermeint, der jedoch allzu oft nur ein Lippenbekenntnis scheint: Der afrikanische Kontinent hat eine Vielfalt hervorgebracht, die einerseits eine Daseinsberechtigung per se besitzt, die andererseits den Transformationsprozeß so verschiedenartig gestalten läßt.

Dieser Verschiedenartigkeit werden Siddle und Swindell bei der Diskussion der Rolle der Produktionsfaktoren Boden und Arbeit in vielfacher Weise gerecht. So findet sich eine treffende Darstellung nicht-haushaltlicher Tätigkeiten durch Arbeitsgruppen, Arbeitstausch, Anteilsverträge und Lohnarbeit, wobei deutlich wird, wie weitläufig und nicht nur auf die Entrichtung des Arbeitslohnes beschränkt die gegenseitigen Verpflichtungen sind. Diese Gegenseitigkeit, dem in Afrika ehemals dominanten und noch immer bedeutenden System der Reziprozität widmen die Autoren auch einen eigenen Abschnitt, wobei die Reziprozität in den Austausch von Gütern über Märkte einbinden. Für die eigentliche Entwicklungsarbeit bedeutsam aber gleichzeitig erschwerend ist dabei die Tatsache, daß sich diese Verteilungssysteme selten gleichen, daß sie meist aus mehreren, einander überschneidenden Elementen bestehen. Eine detaillierte Kenntnis jedes einzelnen Zusammenhanges, wie sie hier angedeutet wird, ist daher unentbehrlich.

Doch kann dieser Band die vielleicht gewünschten Details nicht erbringen, dieser Anspruch wäre wohl zu hoch. So bleibt denn auch die Diskussion traditioneller Bodenverfassungen und deren Transformation während und nach der Kolonialzeit eine Aneinanderreihung einiger weniger Fallbeispiele, die wenig Allgemeincharakter besitzen. Lediglich Nigeria, Kenya und Zimbabwe finden breitere Berücksichtigung in der Darstellung, obwohl damit nur ein geringer Teil afrikanischer Erfahrungen mit Änderungen der Bodenverfassung abgedeckt wird. (Ein ähnliches Schicksal erleidet die Darstellung der Nomaden, wo im wesentlichen auf eine Fallstudie zurückgegriffen wird.) Die Darstellung macht dennoch deutlich, daß Boden — im Gegensatz zu gängiger neoklassischer Theorie — ein wichtiger Produktionsfaktor ist, dessen Bedeutung in Folge des Bevölkerungsdrucks noch weiter steigen wird.

Der Umbruch afrikanischer Zivilisation während der Kolonialzeit wird in mehrfacher Weise untersucht. Siedler und Händler, Staat und Interventionismus, Theorien und Strategien der Entwicklung werden als die Triebkräfte der Einbindung in das ökonomische und politische Weltgefüge vorgestellt. Das Aufeinandertreffen verschiedener und verschieden mächtiger Interessengruppen, die politische und ökonomische Unterdrückung des Kontinents, die verfehlten Entwicklungsmuster, die — eben in Unkenntnis der Vielfältigkeit Afrikas — diskutiert und angewendet wurden, sind Zeugnis eines oft mangelhaften Verständnisses Afrikas. Dies zu bekämpfen, ist das Ziel dieses Bandes. Obschon das Unerreichbare unerreicht bleibt, obschon die Darstellung — auf Grund der Fülle von Information — auf Information verzichten muß, ist dieser Band doch als Bereicherung, als Überblick über den Weg Afrikas von Kolonien zu Nationalstaaten, als Grundlage für ein tieferes Eindringen zu empfehlen.

Markus Kostner, Weltbank, Washington, D.C.

Ursula Kanamüller, Solidaritätsarbeit; nutzlose Anstrengung? Möglichkeiten und Grenzen des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua (1979 — 1989), (= Bildung — Arbeit — Gesellschaft 12), München — Wien, Profil Verlag, 1992, 274 Seiten, DM 39,—.

Entstehung, Strukturen und Aktivitäten der „Solidaritätsbewegung“ sind in Österreich (für die BRD scheint die Forschungslage etwas besser zu sein) wissenschaftlich bisher kaum thematisiert, geschweige denn aufgearbeitet worden. Sieht man von einigen kleineren politikwissenschaftlichen¹ oder historischen² Untersuchungen ab, so ist man vor allem auf die Publikationen der einzelnen Solidaritätskomitees selbst angewiesen, die oft schwer zugänglich und naturgemäß nicht aus einer wissenschaftlichen Perspektive heraus verfaßt sind.

Schon allein deshalb verdient Ursula Kanamüllers zusammenfassende Arbeit — sie ist die gekürzte Fassung der am pädagogischen Institut der Universität Innsbruck eingereichten Dissertation der Autorin — Beachtung. Darüberhinaus ist es jedoch dem Buch durchaus gelungen, zahlreiche weiterführende Fragestellungen zu präzisieren. Daß dabei kaum endgültige Antworten geliefert werden konnten (die Autorin selbst diskutiert S. 26 — 36 die methodischen Grenzen ihrer Untersuchung ausführlich), erscheint dem Rezensenten nicht als ein Mangel; gerade dies kann, so hoffe ich, den Anstoß zu einer weiterführenden, durchaus auch kontroversen Diskussion geben.

Ursula Kanamüller expliziert ihre in erster Linie *pädagogische* Fragestellung am Fallbeispiel der österreichischen Nicaragua-Bewegung, ihrer Ansicht nach der größten „Solidaritätsbewegung“ in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg (S. 87; angesichts fehlender historischer Untersuchungen wäre der Rezensent da etwas vorsichtiger). Neben einer (eher knapp ausgefallenen) Darstellung des Befreiungsprozesses in Nicaragua (S. 89 — 91) enthält das Buch daher auch eine Übersicht über die heimische Nicaragua-Solidarität 1979 — 1987 (S. 91 — 109). 1978 hatten sich demnach die ersten Komitees zu bilden begonnen, und auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin wurde im November desselben Jahres das österreichische Solidaritätskomitee für Nicaragua ins Leben gerufen. Die mit der Radikalisierung des revolutionären Prozesses in Nicaragua verbundene Zunahme der verdeckten Aggression der USA führte jedoch relativ rasch zu einem Wandel sowohl der sozialen Zusammensetzung der Aktivistschaft als auch der Schwerpunkte ihrer Tätigkeit: Neben die karitativen Hilfsprojekte trat verstärkt die politische Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Außenpolitik bzw. mit den sie in Österreich unterstützenden Kräften. Die im Jänner 1984 einsetzende Entsendung von Aufbau-Brigaden veränderte schließlich den Charakter der Bewegung neuerlich. Während sich die Aktivitäten in Österreich deutlich verbreiteten, wurden vielfach unfruchtbare theoretische Diskussionen („Kritische Solidarität“) durch eine vom

¹ Vgl. etwa Franz Kolland, Der Beitrag der Dritte-Welt-Bewegung zur politischen Kultur Österreichs. Wirkung und Einflußnahme auf die österreichische Entwicklungspolitik; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 13 (1984/2), S. 165 — 181; Joseph Klement, Die Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich und die österreichische Südafrika-Politik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 15 (1986), S. 183 — 196.

² Walter Sauer, Mission — Entwicklungshilfe — Solidarität. Afrika im Bewußtsein der österreichischen Öffentlichkeit; in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 13 (1983), S. 60 — 66.

persönlichen Erleben der Brigadisten getragene stärkere Praxisorientiertheit abgelöst. Sie habe gelernt, sagt eine Brigadistin, „daß man trotz dem Scheiß, der da drüben auch passiert, dahinter stehen kann“ (S. 170).

Mit Recht hat Kanamüller dem „Lernen in den Nicaragua-Brigaden“ ein eigenes Hauptkapitel gewidmet (S. 151 — 200), das zudem, nach Auffassung des Rezensenten, zu den am besten gelungenen und abgerundeten Passagen der Arbeit zählt.

Neben der empirischen Darstellung des gewählten Fallbeispiels geht es der Autorin freilich in erster Linie um die begriffliche Eingrenzung des „Lernfelds“ Solidaritätsbewegung. Zentral dafür sind theoretische Annäherungen an Begriffe wie „Solidarität“ und „Solidaritätsbewegung“. „Mein Interesse“, schreibt Kanamüller, „gilt dem Bewegungsbegriff und der Einordnung der ‚Dritte Welt‘-Gruppen bzw. -Bewegung im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen.“ (S. 67) Und trotz des — von der Autorin referierten — weitgehenden Fehlens eines gemeinsamen Verständnisses dieses Begriffes hält die Arbeit daran fest, die Dritte-Welt-Bewegung sei „aktuell im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen einzuordnen“ (S. 70). Vereinheitlichungen seien allerdings vorsichtig zu treffen.

Hier scheint dem Rezensenten einiger Widerspruch angebracht. Sicherlich hat sich vor allem in den achtziger Jahren internationale Solidarität in Österreich vielfach in der sozialen Organisationsform „Neue soziale Bewegung“ abgespielt; offensichtlich steht dies mit bestimmten Veränderungsprozessen des hiesigen politischen Systems in Zusammenhang. Aber nicht einmal für die Nicaragua-Bewegung stimmt die Einordnung gänzlich. Oder ist vielleicht ein „Hilfskomitee für Nicaragua“, dem mehrere amtierende Minister und Vertreter wesentlicher Interessenverbände angehören, ebenso „Neue soziale Bewegung“ wie etwa das Nicaragua-Komitee Braunau? Und das — vielleicht nicht konsequent genug gewesene (S. 97 — 99) — Engagement Bruno Kreisky's für Nicaragua muß doch wohl (ebenso wie die Nahostpolitik des Kanzlers) als Ausdruck internationaler Solidarität verstanden werden, obwohl ihm das wichtigste Kriterium einer „neuen sozialen Bewegung“, die Basisorientiertheit, fehlt! Ich verweise weiters auf die „Chile-Solidaritätsfront“, 1983 gegründet, die eher den Charakter eines Arbeitsgremiums politischer Funktionäre verschiedener parteipolitischer und weltanschaulicher Zugehörigkeit hatte und dennoch imstande war, 1982 gegen die Panzerlieferungen nach Chile erfolgreich zu mobilisieren; oder auf die Anti-Apartheid-Bewegung, die nur phasenweise die Form einer „Bewegung“ annahm, dessen ungeachtet aber die traditionellen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die (außen-)politische Entscheidungsfindung effektiv wahrzunehmen wußte.

Internationale Solidarität kann daher — dieser Schluß ist aus dem Gesagten zu ziehen — nicht mit „Neuer Sozialer Bewegung“ gleichgesetzt werden, sondern vollzieht sich sichtlich in verschiedenen realisierbaren Organisationsformen innerhalb des jeweils gegebenen politischen Systems. Diese theoretische Klarstellung ist wichtig, eröffnet sie doch auch den etablierten Akteuren des politischen Systems die Möglichkeit, legitimerweise zu internationaler Solidarität beizutragen (was ohnehin selten genug geschieht). Umgekehrt werden damit auch Versuche jedweder parteipolitischer oder weltanschaulicher Seite abgewehrt, internationale Solidarität exklusiv mit einer bestimmten politischen Strategie, Lebensweise etc. zu identifizieren.

Mit vollem Recht hat Ursula Kanamüller einen begrifflichen Trennungsstrich zwischen „Dritte-Welt-Bewegung“ und „Solidaritätsbewegung“ gezogen (S. 72 —

81). Dafür sind — bei allen fließenden Übergängen — nicht nur inhaltliche, sondern auch Gründe der Arbeitsweise und der unterschiedlichen Bereitschaft zur Professionalisierung und zur „Aneignung“ des politischen Systems im eigenen Land maßgeblich. Während also einerseits Kontinuität und methodisch-strategisches Vorgehen als Abgrenzungskriterium gegenüber Gruppen, Organisationen mit fallweisen Dritte-Welt-Aktivitäten zu nennen sind, so sind es andererseits eine explizit „politische“ Arbeitsform (öffentliche Parteinahme für gesellschaftliche Veränderungen und nicht bloß Informationsarbeit oder Veränderungen im eigenen Lebensstil) sowie ein bestimmtes politisches Selbstverständnis (konkreter Bezug auf Befreiungsbewegungen oder Befreiungsprozesse), die die „Solidaritäts“- von der „Dritten-Welt“-Bewegung zumindest tendenziell unterscheiden. „Die Solidaritätsbewegung ist (muß) meines Erachtens ihrem Wesen nach antiimperialistisch (sein)“ (S. 79). Die Autorin deutet mit Recht eine unterschiedliche soziale Zusammensetzung beider Bewegungen an (und aufgrund dieser Angaben würde der Rezensent die „Dritte-Welt-Bewegung“ als „Neue Soziale Bewegung“ einordnen, die Solidaritätsbewegung aber nicht unbedingt). Sowohl von ihren Arbeitsformen als auch von ihrem Selbstverständnis her ist Solidaritätsbewegung jedenfalls als der bündnisfähige Kern der Dritten-Welt-Bewegung zu verstehen, ohne daß dieser Kern von vornherein mit einem bestimmten Konzept politischen Handelns zu identifizieren ist.

Weniger ausführlich beschäftigt sich Ursula Kanamüller mit den weltanschaulichen Grundlagen von Solidaritätsarbeit; insbesondere ihre Rückführung eines christlich inspirierten Solidaritätsverständnisses auf die katholische Soziallehre und hier wiederum auf den „Solidarismus“ Nell-Breunings spiegelt weder den Diskussionsstand im kirchlichen bzw. links-christlichen Bereich wider noch die (wohl auch von der Autorin gemachten) Erfahrungen aus der Mitarbeit von Christen in der Solidaritätsbewegung (vgl. S. 41 — 44). Auch die Darlegung der politischen Rahmenbedingungen von Solidaritätsarbeit in Österreich (S. 81 — 84) befriedigt wenig. So stimmt es zwar, daß sich infolge der Dominanz der Sozialpartnerschaft „die Tradition einer eigenständigen politischen Kultur“ (S. 82) weniger stark entwickeln konnte als anderswo, doch muß andererseits auch hinzugefügt werden, daß sich in Österreich (gerade weil die 68er hier nicht vollständig ausgegrenzt, sondern zumindest teilweise in die politischen Institutionen integriert wurden) das Interesse an internationaler Solidarität und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Solidaritätsgruppen innerhalb der politischen Eliten (Sozialpartner, Parteien, Ministerien) viel länger hielt als etwa in der BRD. Kreisky's außenpolitisches Engagement kann wohl nicht nur als „konflikt pazifizierend“ interpretiert werden (S. 85).

All diese Fragen sind kaum je noch in wissenschaftlichem Rahmen oder jedenfalls systematisch erörtert worden. Ursula Kanamüllers Buch sollte daher gerade der Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung Anstoß zu Kontroversen und weiterführenden Diskussionen geben. Es gibt nicht viele Bücher, denen man heutzutage ein solches Schicksal wünschen kann.

*Walter Sauer, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien,
Dr. Karl Luegerring 1, A-1010 Wien*

The first of these is the fact that the
the second is the fact that the
the third is the fact that the
the fourth is the fact that the
the fifth is the fact that the
the sixth is the fact that the
the seventh is the fact that the
the eighth is the fact that the
the ninth is the fact that the
the tenth is the fact that the
the eleventh is the fact that the
the twelfth is the fact that the
the thirteenth is the fact that the
the fourteenth is the fact that the
the fifteenth is the fact that the
the sixteenth is the fact that the
the seventeenth is the fact that the
the eighteenth is the fact that the
the nineteenth is the fact that the
the twentieth is the fact that the
the twenty-first is the fact that the
the twenty-second is the fact that the
the twenty-third is the fact that the
the twenty-fourth is the fact that the
the twenty-fifth is the fact that the
the twenty-sixth is the fact that the
the twenty-seventh is the fact that the
the twenty-eighth is the fact that the
the twenty-ninth is the fact that the
the thirtieth is the fact that the
the thirty-first is the fact that the
the thirty-second is the fact that the
the thirty-third is the fact that the
the thirty-fourth is the fact that the
the thirty-fifth is the fact that the
the thirty-sixth is the fact that the
the thirty-seventh is the fact that the
the thirty-eighth is the fact that the
the thirty-ninth is the fact that the
the fortieth is the fact that the
the forty-first is the fact that the
the forty-second is the fact that the
the forty-third is the fact that the
the forty-fourth is the fact that the
the forty-fifth is the fact that the
the forty-sixth is the fact that the
the forty-seventh is the fact that the
the forty-eighth is the fact that the
the forty-ninth is the fact that the
the fiftieth is the fact that the
the fifty-first is the fact that the
the fifty-second is the fact that the
the fifty-third is the fact that the
the fifty-fourth is the fact that the
the fifty-fifth is the fact that the
the fifty-sixth is the fact that the
the fifty-seventh is the fact that the
the fifty-eighth is the fact that the
the fifty-ninth is the fact that the
the sixtieth is the fact that the
the sixty-first is the fact that the
the sixty-second is the fact that the
the sixty-third is the fact that the
the sixty-fourth is the fact that the
the sixty-fifth is the fact that the
the sixty-sixth is the fact that the
the sixty-seventh is the fact that the
the sixty-eighth is the fact that the
the sixty-ninth is the fact that the
the seventieth is the fact that the
the seventy-first is the fact that the
the seventy-second is the fact that the
the seventy-third is the fact that the
the seventy-fourth is the fact that the
the seventy-fifth is the fact that the
the seventy-sixth is the fact that the
the seventy-seventh is the fact that the
the seventy-eighth is the fact that the
the seventy-ninth is the fact that the
the eightieth is the fact that the
the eighty-first is the fact that the
the eighty-second is the fact that the
the eighty-third is the fact that the
the eighty-fourth is the fact that the
the eighty-fifth is the fact that the
the eighty-sixth is the fact that the
the eighty-seventh is the fact that the
the eighty-eighth is the fact that the
the eighty-ninth is the fact that the
the ninetieth is the fact that the
the ninety-first is the fact that the
the ninety-second is the fact that the
the ninety-third is the fact that the
the ninety-fourth is the fact that the
the ninety-fifth is the fact that the
the ninety-sixth is the fact that the
the ninety-seventh is the fact that the
the ninety-eighth is the fact that the
the ninety-ninth is the fact that the
the hundredth is the fact that the

AUTORENNOTIZ

Markus BRUNNER

geb. 1965; im Juni 1992 Abschluß des Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck; von 1990 bis 1992 Mitarbeit an einem Forschungsprojekt zu den Beziehungen Österreichs zu Guatemala (gemeinsam mit Wolfgang Dietrich und Martina Kaller); zur Zeit Akademietrainee am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck; Publikationen u.a. Mitherausgeber und -übersetzer von Gustavo Esteva: *Fiesta — jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik*. Brandes & Apsel/Südwind: Frankfurt/Wien, 1992 sowie Mitautor (mit W. Dietrich und M. Kaller) von *Projekt Guatemala — Vorder- und Hintergründe der österreichischen Wahrnehmung eines zentralamerikanischen Landes*. Brandes & Apsel: Frankfurt, 1993.

Wolfgang HERBERT

geb. 1960 in Bludenz, Studium der Philosophie und Japanologie in Wien, 1991 Assistent am Institut für Japanologie der Universität Wien, 1993 Promotion mit einer Dissertation zum Thema „Ausländerkriminalität in Japan als Argument in der Diskussion um ausländische illegale ArbeitsmigrantInnen“, dzt. Deutschlektor und Lehrbeauftragter an der Wirtschaftsuniversität Osaka.

Annie LONGATTE

geb. 1954, Studium der Germanistik in Orléans und Tour (Frankreich), derzeit Lektorin am Institut für Romanistik der Universität Wien.

Christian MÄHRDEL

geb. 1935 in Leipzig, Studium, Promotion und Habilitation an der Universität Leipzig, O.Univ.-Professor für Neueste Geschichte Afrikas und Asiens (seit 1975), derzeit tätig in Koordinierungs- und Aufbau-Initiative e.V., Berlin. Vorrangige Arbeitsfelder: Geschichte Afrikas des 19. und 20. Jahrhunderts, Neuere Geschichte und Zeitgeschichte über europäischen Kolonialismus in Asien und Afrika.

Ingrid MÄHRDEL

geb. 16.8.1936 in Pürstein, Studium und Promotion an der Universität Leipzig, Universitäts-Dozentin für Neueste Geschichte des Vorderen Orients (seit 1972), derzeit am Vorderasiatischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin.

Walter SAUER

Dozent am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialgeschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert.

Jean-Luc VELLUT

Lehrtätigkeit als Historiker an den Universitäten von Kinshasa und Lumbabashi (1964 — 1976); zur Zeit tätig an der Université Catholique von Louvain (Belgien) mit Spezialisierung auf die Sozial- und Kulturgeschichte Westafrikas.

Walter SCHICHO

geb. 1945 in Tschechien, Assistenzprofessor/Univ.-Doz. am Institut für Afrikanistik der Universität Wien. Arbeitsfeld: Kommunikation und Entwicklung, Arbeitsmigration in Afrika.

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN

1. Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, A-1030 Wien.
2. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt.
3. Der Beitrag darf den Umfang von 30 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Darin eingeschlossen sind die Titelseite mit Zusammenfassung, Text, Literaturhinweise, Anmerkungen, Tabellen und Schaubilder.
4. Legen Sie eine kurze Zusammenfassung (ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei.
5. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein.
6. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an.
7. Wenn möglich, schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Microsoft Word V 5.0 oder einem anderen MS-DOS-compatiblen Programm erfaßt sein sollte.

INFORMATIONS FOR CONTRIBUTORS

1. Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Weyrgasse 5, A-1030 Vienna, Austria.
2. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to readers.
3. A full-length article is seldom longer than 30 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced.
4. Include a brief abstract (fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words).
5. Delete all identifying references from your manuscript.
6. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed.
7. Manuscripts on diskette will reduce the processing time. Compose with a word processor on a PC/MS-DOS computer using, e.g. Microsoft Word 5.0.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE

Heft 3/1993: Indien

Heft 4/1993: Mikro-Ökonomie und Entwicklung

Heft 1/1994: Menschenrechte und Entwicklung

Heft 2/1994: EG — Dritte Welt

Heft 3/1994: Aspekte der Nachhaltigkeit in der Landnutzung

Heft 4/1994: Auswirkungen der Strukturanpassung auf die Entwicklungsländer

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien